

Einwohnerrat Pratteln

Votenprotokoll Nr. 440

Einwohnerratssitzung vom Montag, 23. März 2015, 19.00 Uhr in der alten Dorfturnhalle

Anwesend	37 Personen des Einwohnerrates 7 Personen des Gemeinderates
Abwesend entschuldigt	Einwohnerrat: Stephan Bregy, Rös Graf, Mauro Pavan Gemeinderat: -
Vorsitz	Benedikt Schmidt, Präsident
Protokoll	Joachim Maass
Weibeldienst	Martin Suter

Bereinigtes Geschäftsverzeichnis

1. Dringliche Motion der SVP-Fraktion, Urs Hess, betreffend „Keine Schikane für Spitex und Ärzte“ 2929
2. Interpellation der SP-Fraktion, Kurt Lanz, betreffend „Grundwasserschutzzone Löli“ 2922
3. Interpellation der SP-Fraktion, Christine Gogel, betreffend „Rückkehr der Firma Häring nach Pratteln“ 2924
4. Postulat der Fraktion der Unabhängigen Pratteln, Christoph Zwahlen, betreffend „Sinnvolle Kindergarten- und Schulräume für die Quartiere“ 2923
5. Teilrevision Jugendreglement – 2. Lesung 2917
6. Quartierplanung Bahnhofstrasse 2920
7. Teilrevision des Parkierungsreglements – 1. Lesung 2912
8. Fragestunde (nach der Pause)

Begrüssung durch Benedikt Schmidt, Präsident

Liebe Gäste im Publikum, liebe Presse, lieber Gemeinderat und liebe Kolleginnen und Kollegen im Einwohnerrat. Ich begrüsse sie zur 440. Sitzung des Einwohnerrates.

Präsenz

Es sind zurzeit 37 Personen des Einwohnerrates anwesend und der Rat ist beschlussfähig. Das einfache Mehr beträgt 19, das 2/3-Mehr 25 Stimmen.

Mitteilungen

- **Austritt aus dem Einwohnerrat per Ende Juni 2015:** Der Präsident verliest das Rücktrittsschreiben: *„Lieber Präsident, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen. Nach 15 Jahren im Einwohnerrat und Mitarbeit in verschiedenen Kommissionen ist es an der Zeit, mich zu verabschieden und den Platz einer jüngeren Person mit neuen Ideen zur Gestaltung unserer aller Zukunft zu übergeben. Es war für mich ein Lebensabschnitt mit interessanten Begegnungen, spannenden Diskussionen inn- und ausserhalb des Einwohnerrates. Pratteln hat sich positiv entwickelt und einige Projekte stehen noch an. Dazu wünsche ich mir von euch allen geschickte und zukunftsgerichtete Entscheidungen. Mit besten Grüssen, Rös Graf.“*
- **Volksabstimmung:** Am 14. Juni 2015 findet die Volksabstimmung über den Einwohnerratsbeschluss vom 15. Dezember 2014 betreffend „Sondervorlage Bewilligung Baukredit von CHF 7'204'000 für den Neubau Infrastrukturgebäude Sandgruben und Sanierung Schwimmbadanlage mit Saisonrestaurant“ statt.
- **Rücktritt (per sofort) von Marc Bürgi aus der Spezialkommission „Politische Steuerung“:** Gemäss Punkt 3.3.3.1.2 des Einwohnerratsreglements wählt das Büro auf Vorschlag der Fraktionen die Mitglieder der Spezialkommission. Das Büro hat an seiner letzten Sitzung Jens Dürrenberger (FDP-Mitte) als Mitglied gewählt.
- Der **Energiestadt-Jahresbericht 2014** liegt im Ratssaal auf.

Neue parlamentarische Vorstösse

- Postulat der SP-Fraktion, Bruno Baumann, betreffend „Unterstützung des Hilfsprojektes für den Wiederaufbau der syrischen Stadt Kobané“ vom 18. März 2015.
- Dringliche Motion der SVP-Fraktion, Urs Hess, betreffend „Keine Schikane für Spitex und Ärzte“ vom 23. März 2015.

Bereinigung des Geschäftsverzeichnisses

2929 Dringliche Motion der SVP-Fraktion, Urs Hess, betreffend „Keine Schikane für Spitex und Ärzte“ vom 23. März 2015:

Verfahren: Zuerst ist zu entscheiden, ob der Dringlichkeit zugestimmt wird und es folgt die Diskussion zur Dringlichkeit.

GR Ruedi Brassel: Dieser Vorstoss wurde dringlich eingereicht und ist insofern beschleunigt zu behandeln, als die Regeln klar sein müssen. Der Gemeinderat ist für Dringlichkeit.

Abstimmung zur Dringlichkeit

://: Der Rat stimmt einstimmig der Dringlichkeit zu (die Zweidrittelmehrheit beträgt 25).

Es gibt keine weiteren Bemerkungen zum Geschäftsverzeichnis und daher wird nach dem bereinigten Geschäftsverzeichnis verfahren.

Beschlüsse

Geschäft Nr. 2929

Dringliche Motion der SVP-Fraktion, Urs Hess, betreffend „Keine Schikane für Spitex und Ärzte“

Urs Hess (Motionär): Ich danke dem Gemeinderat, dass er die Dringlichkeit entgegengenommen hat und dass der Rat der Dringlichkeit zugestimmt hat. Wenn wir ein Parkierungsreglement haben und markierte Parkplätze und unsere Ärzte und Spitexorganisationen einen Einsatz und eine Busse erhalten, ist für mich dringlich, dies abzuschaffen. Es kann nicht sein, dass eine mit unseren Steuergeldern finanzierte Spitex nachher bei ihrer Arbeit zugunsten unserer kranken Mitbürgerinnen und Mitbürger gebüsst wird. Dies kann nicht sein und es muss darum hierin beschlossen werden, hier keine Bussen mehr zu geben und ich erwarte auch vom Gemeinderat, dass er dies so an die Gemeindepolizei weitergibt, damit dies nicht mehr vorkommt. Wenn man das Parkierungsreglement überarbeitet, kann man den in der Motion formulierten Satz oder so ähnlich aufnehmen und es ist sauber geregelt. Es geht mir darum, ab sofort eine Regelung zu haben.

GR Ruedi Brassel: Dies muss tatsächlich geregelt werden. Es ist jedoch zu einem wesentlichen Teil bereits geregelt. In der Verordnung zum Parkierungsreglement heisst es in § 7 *„Die Gemeindepolizei gibt an Notfall- und Pflegedienste speziell gekennzeichnete gebührenfreie, unbeschränkte und übertragbare Parkingkarten ab.“* Dies bedeutet, dass Spitex, Notfalldienst usw. gebührenfrei parkieren können. Die Frage ist nun, wo. Den Fall, den Urs Hess erwähnt hat, betrifft ein Parkvergehen an der Muttenerstrasse, als ein Fahrzeug der Spitex im Radstreifen abgestellt wurde. Es geht natürlich nicht, dass die Spitex so parkiert, dass diese naher noch mehr zu tun hat, weil sie unfallgefährdend parkiert. Es gibt Situationen, in denen man nicht einfach sagen kann, dass unbeschränkt parkiert werden kann. Über allem und auch über dem Parkierungsreglement steht das Strassenverkehrsgesetz, und wenn Spitex ihr Fahrzeug auf einer Kantonsstrasse einfach am Rand parkieren würde, wäre dies auch nicht konform. Wir müssen Lösungen suchen und es sind Lockerungen denkbar, aber sicher nicht in dieser ultimativ geforderten Form, wie es die Motion will. Daher ist der Gemeinderat bereit, dies als Postulat entgegenzunehmen und zu prüfen, aber als Motion in dieser Form kann man es nicht überweisen. Wir können das Strassenverkehrsgesetz nicht einfach übergehen, und wenn auf dem Rad- oder Fussgängerstreifen parkiert wird, kann man nicht anders, als zu büssen. Auch dies wird die Spitex schnell lernen, aber wir wollen Lösungen suchen, die die Arbeit erleichtern.

Roger Schneider: Als wir das Parkierungsreglement in einer Spezialkommission erarbeitet haben, habe ich genau diesen Punkt mit der Spitex gebracht, die ja in der ganzen Gemeinde unterwegs ist und eine unkomplizierte Lösung habe sollte, damit sie einfacher parkieren kann. Damals hatte niemand Gehör dafür und dieser Sachverhalt wurde nicht ins Reglement übernommen. Das Reglement ist nicht so alt und nun muss es wieder angepasst werden; man hätte es seinerzeit aufnehmen sollen.

Christoph Zwahlen: Ich schlage vor, den von Urs Hess entworfenen Satz zu ergänzen mit „... sofern nicht gegen übergeordnetes Recht verstossen wird.“ Gemeint sind Anhalteverbotslinien, Sicherheitslinien usw. die man zwangsläufig überfahren müsste. Man kann dann hinter einem aufgezeichneten Parkfeld das Spitexfahrzeug noch parkieren, aber so, dass es dem Verkehrsgesetz entspricht.

Andreas Seiler: In der dringlichen Motion steht nichts von Velostreifen, Fussgängerstreifen usw., sondern es steht „ausserhalb der markierten Parkfelder“ und dass übergeordnetes Recht gilt, ist klar und muss nicht besonders erwähnt werden. Es steht ja auch

darum in der Motion „das Parkierungsreglement muss deshalb dringend angepasst werden“ und über dem Parkierungsreglement stehen natürlich die entsprechenden kantonalen und eidgenössischen Vorschriften. Darum bin ich der Meinung, wir können so, wie es hier steht, zustimmen und später kommt noch ein Geschäft, das ebenfalls das Parkierungsreglement betrifft, und sehen dann, wie es weitergeht.

Abstimmung

Der Rat beschliesst mit grossem Mehr bei 1 Enthaltung:

://: Die dringliche Motion Nr. 2929 wird erheblich erklärt.

Geschäft Nr. 2922

Interpellation der SP-Fraktion, Kurt Lanz, betreffend „Grundwasserschutzzone Löli“

Aktenhinweis

- Interpellation der SP-Fraktion, Kurt Lanz, betreffend „Grundwasserschutzzone Löli“ vom 5. Februar 2015

GR Stephan Löw: Grundsätzliches: Die Schutzzonen der Grundwasserpumpwerke Löli und Remeli wurden 1990 vom Regierungsrat genehmigt. Die Pumpwerke verfügen über gültige Konzessionen für die Nutzung des Grundwassers, welche mindestens bis am 31.12.2032 gelten. Frage 1: *Stimmt es, dass unsere Grundwasserschutzzone den heutigen Anforderungen nicht mehr entspricht?* Die Dimensionierung und Genehmigung der Schutzzonen erfolgte vor der Revision der Gewässerschutzverordnung von 1998. Aus diesem Grund hat der Gemeinderat im Jahre 2013 ein namhaftes Geologie-Institut aus der Region mit der Überprüfung der Schutzzonen beauftragt. Die Überprüfung erfolgt in zwei Schritten. Als erster Schritt wurde eine Voruntersuchung ausgeführt, der zweite Schritt, die Hauptuntersuchung, ist in Arbeit. Das Resultat der Voruntersuchung ist zusammengefasst Folgendes: Die bestehenden Schutzzonen entsprechen nicht mehr den heutigen gesetzlichen Anforderungen und müssen angepasst werden. Dieser Zustand trifft auf die Schutzzonen sehr vieler Wasserversorgungen in der Region zu. Konkret heisst das: Die Zone S1 (Fassungsbereich) scheint, nach ersten Untersuchungen, genügend gross dimensioniert zu sein, hingegen muss die S2 (Engere Schutzzone) sehr wahrscheinlich ausgedehnt werden. Nach Vorliegen aller Resultate der Untersuchungen sind der Schutzzonenplan und das Schutzzonenreglement anzupassen und vom Kanton genehmigen zu lassen. Vor dem Hintergrund der grossen Bedeutung der Grundwasserpumpwerke Löli und Remeli, nicht nur für Pratteln, sondern für die regionale Wasserversorgung sowie, nach Einschätzung der Experten, der überschau- und vor allem beherrschbaren Nutzungskonflikte, ist die Anpassung der Schutzzonen anzustreben und an einer Aufrechterhaltung der Trinkwasserfassungen Löli und Remeli festzuhalten. Frage 2: *Stimmt es, dass das Grundwasser aus dem Gebiet Löli mit Schadstoffen kontaminiert ist? Um welche Schadstoffe handelt es sich?* Das aus den Pumpwerken Löli und Remeli gewonnene Trinkwasser wird regelmässig vom kantonalen Labor überprüft. Es wurde bis anhin nicht beanstandet. Die Analysewerte, die übrigens auf der Homepage der Gemeinde publiziert werden, zeigen, dass die für Trinkwasser festgelegten hygienischen und mikrobiologischen Anforderungen des EDI (Eidg. Departement des Innern) erfüllt und die in der Fremd- und Inhaltstoffverordnung für Trinkwasser festgelegten chemischen Toleranz- und Grenzwerte nicht überschritten werden. Um mögliche Risiken für die Grundwasserfassungen Löli - Remeli zu minimieren, hat zudem die Bau- und Umweltschutzdirektion vor zwei Jahren die Ableitung der ARA Ergolz 2 unterhalb des Zu-

strömbereiches der Grundwasserfassungen verlegt und die neue Umfahrungsstrasse H2/A22 mit einer modernen Strassenbehandlungsabwasseranlage versehen. Frage 3: *Um welche Art von Risiko handelt es sich im Zusammenhang mit der Autobahn und wie gross sind diese?* Die Autobahn stellt, soweit dem Gemeinderat bekannt, kein Risiko für die Schutzzone dar. Entlang der Schutzzone trennen Beton - New Jersey - Wände die Autobahn von der Schutzzone. Die Autobahnentwässerung ist so ausgebildet, dass das anfallende Meteorwasser - auch in einem Havariefall - gesammelt und über Ölabscheider der weiter im Westen liegenden Kläranlage direkt zugeführt wird. Frage 4: *In welchem Zusammenhang muss die Verlegung der Rheinstrasse und die Grundwasserschutzzone gesehen werden?* Im Projekt Verlegung der Rheinstrasse wird auf die Schutzzone Rücksicht genommen. Im Teilbereich Löli muss die neue Strasse mit durchgehenden Leitmauern versehen werden. Auch während des Baues der neuen Strasse sind Schutzmassnahmen geplant. Frage 5: *Welche Alternative zur Gewinnung von Trinkwasser hat die Gemeinde Pratteln und wie würde eine allfällige Finanzierung aussehen?* Das Leitbild Regionale Wasserversorgungsplanung des Kantons verlangt, dass jede Wasserversorgung zwei voneinander unabhängige Standbeine besitzt, d. h. dass zwei hydrologisch unabhängige Bezugsorte zur Verfügung stehen. Damit kann eine länger andauernde Verschmutzung des Grundwasservorkommens ohne Unterbruch der Netzversorgung bewältigt werden. Pratteln besitzt zwei Standbeine: Das Erste unsere Grundwasserpumpwerke Löli und Remeli, welche im Zuströmbereich der Ergolz liegen und mit dem Stufenpumpwerk Lachmatt als direkte Verbindung zu der Wasserversorgung Muttenz und der Hardwasser AG, welche beide im Zuströmbereich des Rheins liegen, das Zweite. Würde die Gemeinde ihre eigene Trinkwassergewinnung aufgeben, müsste sie das Trinkwasser via Muttenz von der Hardwasser AG beziehen. Sie würde in diesem Fall eines der beiden vom Kanton verlangten Standbeine verlieren. Die Wasserversorgung fördert im Durchschnitt pro Jahr 2,5 Mio. m³ Wasser und die Kosten dafür betragen rund CHF 230'000, darin enthalten sind die Grundwassernutzungsgebühr, der Unterhalt der Pumpwerke und die Stromkosten der Pumpen; nicht mit einberechnet ist die Amortisation der Pumpwerke. Müsste die Gemeinde das Trinkwasser zukünftig von der Hardwasser AG beziehen, würden Kosten anfallen in der Grössenordnung von CHF 1'500'000 pro Jahr für die Menge von rund 2.5 Mio. m³. Hinzu kämen noch einmalige Kosten für den Rückbau der Pumpwerke, welche zurzeit schwer zu beziffern sind.

://: Der Rat stimmt einer Diskussion zu.

Kurt Lanz: Wasser ist für mich ein so wichtiges Gut, dass ich nur schlecht damit leben kann, wenn die Gemeinde Pratteln ihre eigene Grundwasserversorgung aufgeben würde. Wenn ich höre, dass das Wasser bei uns - GR Stephan Löw hat es relativiert - so wieso kontaminiert ist, muss ich sagen, dass man im Baselbiet auch andere Brunnen hätte abstellen müssen, und so ist mir wichtig, dass Pratteln die eigene Grundwasserfassung behält. Auch wenn etwas passieren würde - in der IT-Branche würde man von Redundanz sprechen - könnten wir das Wasser von einem anderen Ort beziehen. Grundsätzlich müssen wir unsere eigenen Grundwasserschutzzone behalten und ich bitte den Gemeinderat, dass er beim Regierungsrat hinweist, dass wir dies wollen. Auch die von GR Stephan Löw angesprochene Vergrösserung der Schutzzone ist keine so grosse Sache. Ich nehme an, man muss den Zaun wo anders durchziehen, als er jetzt steht und dann ist die Angelegenheit erledigt. Ich hoffe, dass hierin bald eine Vorlage kommt, wahrscheinlich braucht es eine wegen der Schutzzone, und danke dem Gemeinderat noch einmal für die Antwort.

Patrick Weisskopf: Die Fraktion der Unabhängigen und Grünen dankt ebenfalls dem Gemeinderat für die Beantwortung der Fragen. Für uns stand seit Langem die Ursachenbehebung im Vordergrund und wir haben immer wieder nachgefragt, wie es um die Qualität steht. So wurden 2008 verschiedene Anfragen gestartet und auch 2011 haben wir nach den Grenzwerten gefragt. Die Antworten waren immer gut und es hiess, dass wir unter den toxischen Vorsorgewerten liegen und das Prattler Trinkwasser also gut ist.

Wenn ich richtig verstanden habe, geht es bei den Diskussionen im Landrat vor allem darum, dass man die Versickerungszonen abändern will, weil die Wege des versickernden Grundwassers in diesem Gebiet sehr kurz sind und nicht für eine Reinigung ausreichen. Wir bitten aber den Gemeinderat, sehr aggressiv zu kontern gegenüber solchen Aussagen von Landrat Buser, der sagt „Das Schöne am Löli ist, dass es nicht überbaut ist“. Damit ist gemeint, dass dort Landreserven vorhanden sind, die man verkaufen und anders nutzen kann und auch mit einem höheren Nutzen als „nur unser Grundwasser herauszuholen“. Er träumt von einer Park-and-ride-Anlage oder einem Verkauf und hier heisst es Gegensteuer geben. Das Grundwasser ist uns sehr viel wert und dies haben wir auch in den Zahlen gesehen. Wenn man dieses Trinkwasser bei einem Gewerbe einkaufen müsste, hätten wir sehr hohe Preise, nämlich das Sechsfache. Darum können wir stolz sein, dass wir unser Grundwasser selber fördern und wir müssen Sorge tragen, dass die Qualität weiterhin gut bleibt.

GR Stephan Löw: Eine Ergänzung zur Schutzzone S2: Dies ist nicht nur der Perimeter, der sich innerhalb des Zaunes befindet. Es geht auch darum, dass man Rücksicht darauf nimmt, welche Nutzungen das Grundwasser beeinflussen könnten. Man hat dies intensiv auch beim Lackerlihaus angeschaut und Messungen unternommen. Das Lackerlihaus bezieht Wasser, benutzt es zum Kühlen und speist es wieder ins Grundwasser ein. Es werden Erhebungen durchgeführt, welchen Temperaturanstieg dies haben könnte. Das Wasser wird nicht benützt. Es handelt sich um eine stete Überprüfung des Wassers. Man hat erkannt, dass der Wasserstrom ungefähr doppelt so schnell ist als erwartet. Dies bedingt neue Anpassungen und man müsste früher reagieren können, falls es einmal eine schwere Havarie gäbe. Diesem ist man sich bereits bewusst.

Die Interpellation Nr. 2922 ist beantwortet.

Geschäft Nr. 2924

Interpellation der SP-Fraktion, Christine Gogel, betreffend „Rückkehr der Firma Häring nach Pratteln“

Aktenhinweis

- Interpellation der SP-Fraktion, Christine Gogel, betreffend „Rückkehr der Firma Häring nach Pratteln“ vom 9. Februar 2015

GP Beat Stingelin: Es handelt sich um eine „leidige“ Geschichte und alle hierin wissen, was er gesagt hat. Der Gemeinderat war perplex, als Herr Häring gesagt hat, dass er nun doch nicht mit der Verwaltung von Muttenz nach Pratteln zurückkomme, weil am Donnerstag der Vorwoche der Eurokurs freigegeben wurde. Dies war das Argument und man konnte es auch in der Zeitung lesen. Für den Gemeinderat war nicht nachvollziehbar, dass die Miete in Muttenz oder Kaisten günstiger als in Pratteln sein soll, es wird weder hier noch dort in Euro gezahlt. Ob die Meinung besteht, dass die Firma zurückkommt? Nein, die Firma kommt nicht mehr zurück. In seinem Bericht in der BAZ hat Herr Häring ein ganz kleines Türchen offen gelassen. Vor der Abstimmung hat er in alle Haushaltungen eine Broschüre geschickt, in der ebenfalls stand, dass er zurückkomme. Weil die Firma verlegt wurde, gab es hierin eine kleine Aufruhr und ich muss ehrlich sagen, dass ich einer bin, der den Leuten glaubt, wenn man am Tisch sitzt und etwas sagt und vor allem dem Unternehmer Christoph Häring. Ich wurde enttäuscht und noch mehr enttäuscht wurden wahrscheinlich der Einwohnerrat und die Bevölkerung, weil er die Aussage hierinnen gemacht hat. Dies ist für mich eine Stufe höher, als wenn er mit dem Gemeindepräsidenten an einem Tisch sitzt. Wie wir dies in Zukunft verhindern wollen? Eine vertragliche Regelung kann man nicht machen; es ist die Freiheit jedes Einzelnen. Eine mündliche Erklärung kann man abgeben und nicht einhalten. Eine schriftliche Erklärung

rung kann man abgeben und nicht einhalten. Es ist kein Vertrag und dann ist man nicht gebunden. Wir sind enttäuscht. Ich habe von Christoph Häring die Kopie eines Schreibens erhalten, das er an die Pensionskasse richtet, in dem er bestätigt, dass er die Lokaltäten nicht nimmt und zugleich von der Pensionskasse sehr enttäuscht ist, dass nicht er beim Fensterbau berücksichtigt wurde und die Fenster aus Estland kamen. Wenn dies der Grund ist, soll er es sagen und nicht Anderes vorschieben und hierin erzählt er etwas anderes. Dies finde ich etwas kritisch. Christoph Häring ist ein cleverer Unternehmer, und wenn er jemandem Land verkauft, könnte er sich ausbedingen, dass er die Fenster machen kann, aber dies ist eine andere Geschichte und nicht Politik. Wir sind enttäuscht, auf der anderen Seite ist es für den Gemeinderat eine Lehre und auch für den Einwohnerrat, dass man bei einem Versprechen hierin noch dezidierter nachfragt.

://: Der Rat stimmt einer Diskussion zu.

Christine Gogel: Ich danke dem Gemeinderat für die deutlichen Worte und habe diese sehr geschätzt. Als wir im September 2009 über den Quartierplan Coop/Häring abgestimmt haben, haben wir vorgängig ein Schreiben erhalten, betitelt mit „Liebe Einwohnerinnen und Einwohner“. Es heisst „Pratteln live“ und weiter hinten schreibt Christoph Häring an alle Einwohnerinnen und Einwohner: „Die Firma Häring wird ihren Hauptsitz und die Verwaltung auf dem Areal in Pratteln belassen“. Ich bin sehr enttäuscht und auch frustriert und es geht mir, wie wahrscheinlich jedem Stimmbürger in Pratteln „Ich fühle mich betrogen“. Nach den Ausführungen von GP Beat Stingelin muss ich sagen, dass diese Machenschaften einen macht- und mutlos machen, was auch nicht besser ist. Aus der Presse konnten wir erfahren, dass die Eurokrise schuld sein soll, dass er nicht mehr von Muttenz nach Pratteln zurückkommen kann. Damit wird meine Logik stark strapaziert. Was die Eurokrise zwischen Pratteln und Muttenz zu suchen hat, ist mir schleierhaft. Christoph Häring macht anderen Unternehmen und KMU's in Pratteln sicher keinen Gefallen mit dieser Aktion und erweist ihnen einen Bärendienst. Wie GP Beat Stingelin schon gesagt hat, müssen wir daraus Lehren ziehen und nicht nur hier im Rat. Ich hoffe, dass auch die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger ihre Lehren daraus gezogen haben und ihr Abstimmungsverhalten in Zukunft ändern.

Emil Job: Schade ist, dass genau aufgrund dieses Versprechens das Projekt angenommen wurde und so lässt sich sagen, dass beim Geld die Freundschaft aufhört und gerade das finde ich bei einem solchen Unternehmer bedenklich.

Andrea Klein: Man kann diesem Aargauer Unternehmen nicht vorschreiben, wo es den Hauptsitz haben soll. Vielleicht muss man dieses Verhalten auch nicht unbedingt belohnen und sich in Zukunft fragen, ob bei einer Auftragserteilung nicht andere Unternehmer zum Zuge kommen als die Firma Häring.

Andreas Seiler: Die Fraktion FDP-Mitte ist enttäuscht und einige von uns sind auch verärgert, dass Christoph Häring nicht zu seinem Wort steht. Mehr dazu können wir hierin nicht sagen und auch nicht machen. Darum bleibt dieses ein kurzes Votum.

GP Beat Stingelin: Zu Andrea Klein: Es tönt gut, was du gesagt hast, aber wir halten uns an unsere Abmachungen. Wenn wir etwas ausschreiben und die Firma Häring offeriert, was dem entspricht, dann ist es so. Wir können nicht einfach jemanden schneiden. Es hat einen Einfluss, dass wir nun Firmen nehmen, die in Pratteln ansässig sind; er ist es nicht mehr.

Die Interpellation Nr. 2924 ist beantwortet.

Geschäft Nr. 2923

Postulat der Fraktion der Unabhängigen Pratteln, Christoph Zwahlen, betreffend „Sinnvolle Kindergarten- und Schulräume für die Quartiere“

Aktenhinweis

- Postulat der Fraktion der Unabhängigen Pratteln, Christoph Zwahlen, betreffend „Sinnvolle Kindergarten- und Schulräume für die Quartiere“ vom 9. Februar 2015

GR Rolf Wehrli: Wir sind nicht wahnsinnig begeistert, aber bereit, das Postulat zu übernehmen.

Christoph Zwahlen (Postulant): Das Postulat ist eine Folge der Diskussion um den Doppelkindergarten auf der Hexmatt. Wir haben hierin gesehen, dass eine Mehrheit nicht bereit ist, die Hexmatt für einen Aldi- oder Lidlbau zu opfern. Grossflächig, einfach, ebenerdig, kein Keller, nichts und rundherum der vorgeschriebene Umschwung. Dies erinnert mich sehr an die Anlage eines Aldi oder Lidl, die alle nach demselben Normsystem gebaut wurden. Seit die Spatzen von allen Dächern pfeifen, dass in Pratteln weitere Matten mit solchen Doppelkindergärten zugebaut werden sollen, haben bei uns die Alarmglocken geläutet. Wenn man schon neu bauen muss und nicht bestehende Räume verwenden kann, sollte man jeden Ort separat anschauen, was dort gebaut werden kann. Es gibt verschiedene Nutzungen, die, wenn man schon vonseiten der Gemeinde neu baut, integrieren könnte und sei es nur ein Keller, den die Vereine für Materialeinlagerungen nutzen. Zurzeit wird in der Längi ein Quartiertreff in containerform aufgestellt und es gibt noch andere Quartiere, die auch in diesem Projekt sind und es sich vielleicht auch dort als notwendig erweist, einen Quartiertreff zu bauen. Wieso schaut man nicht, dass man dies in demselben Gebäude unterbringen kann? Dies ist der Ansatzpunkt und wenn man schon neu bauen muss, nicht irgendeine Einheitslösung, die sehr viel Platz braucht. Dies ist nicht mehr zeitgemäss. Es muss an jedem Ort geschaut werden, was weitere Nutzungsbedürfnisse sind und dann erst ist ein Projekt zu machen. Darum bitten wir euch, das Postulat zu überweisen und der Gemeinde diesen Auftrag zu geben und eine bessere Lösung vorzuschlagen.

Roland Kuny: Auch die SVP-Fraktion hat das vermeintliche Postulat geprüft, diskutiert und sind zum Schluss gekommen, dass wir es nicht als Postulat überweisen können, weil es kein Postulat ist. Es stehen gute Punkte darin und auch wir wollen, dass sich die Kindergartengebäude ins Quartier einfügen und keine öffentlichen Grün- und Freiflächen verbaut werden. Dass man pro forma und auf gut Glück unterkellert, zusätzliche Geschosse baut und Reserveräume einplant, die nicht benötigt werden und Jahr für Jahr für den Unterhalt Geld benötigen, dagegen sind wir. Falls das Postulat in eine Motion umgewandelt würde und die letzten beiden Punkte gestrichen würden, wäre die SVP für Überweisung.

Dieter Schnetzer: Die Fraktion FDP-Mitte ist für Überweisung. Wir lassen uns gerne vom Gemeinderat überraschen, was er prüft und berichtet. Wir stehen aber kritisch zur Formulierung von Christoph Zwahlen, insbesondere zum ersten Satz, weil wir die bisherige Planung nicht als verfehlt betrachten.

Gert Ruder: Die SP-Fraktion steht diesem Postulat sehr verhalten gegenüber. Wir sind, etwas contre-coeur, bereit zu überweisen. Wir sind natürlich auch der Meinung, dass sich Schulgebäude und Kindergärten rücksichtsvoll ins Quartier einfügen, aber die anderen Punkte stellen Verhinderungsvoten dar. Indem Christoph Zwahlen auf die Opfer der Hexmatt hingewiesen hat – er meint vermutlich andere Opfer – und Lidlbauten hat er gesagt und er möchte keine weiteren überbauten Matten in Pratteln. Natürlich möchten wir Grünflächen in Pratteln soweit wie möglich auch erhalten, aber ein gewisser Planungsspielraum muss sein und daher sind wir froh, wenn der Gemeinderat diese Punkte

prüft und dezidiert dazu Stellung nimmt. Wir sind nicht der Meinung, ein Moratorium auf alle freien Plätze in dieser Gemeinde zu machen. Wenn man dies machen würde, könnte sich diese Gemeinde, die nun wirklich in einer guten Phase ist, nicht mehr weiterentwickeln. Dazu kommt, dass gewisse Forderungen gestellt werden, die vermutlich mit dem Schul- und Kindergartenbetrieb nicht vereinbar sind. Mehrfach- und Doppelnutzungen von Kindergartenräumen stellt unsere Fraktion sehr infrage. Ich gebe ihnen bekannt, dass die SP-Fraktion diesem Postulat zustimmen wird, damit der Gemeinderat nachher entsprechende Antworten geben kann.

Christoph Zwahlen: Es geht uns nicht darum, dass man keine neuen Schul- oder Kindergartenräume mehr bauen kann oder auf die nächsten Jahrzehnte verunmöglicht. Wenn die Notwendigkeit vorhanden ist und man bauen muss, wendet man die Kriterien an. Wenn es keine anderen Wünsche im Quartier gibt und alles vorhanden ist, was man braucht, ist es ein anderer Fall, als wenn man weiss dass beispielsweise noch Tagesstrukturen anstehend sind. Ich habe nicht gemeint, dass man Kindergartenräume doppelt nutzt, weil es nicht geht, aber dass man einen Raum mehr baut, den man für etwas anderes benutzen kann, wenn das Bedürfnis dazu vorhanden ist. Auch ein Quartiertreffpunkt wird zu Kindergartenzeiten offen haben und dies geht gar nicht.

Abstimmung

Der Rat beschliesst mit 25 Ja zu 11 Nein bei 1 Enthaltung:

://: Das Postulat Nr. 2923 wird an den Gemeinderat überwiesen.

Geschäft Nr. 2917 Teilrevision Jugendreglement – 2. Lesung

Aktenhinweis

- Teilrevision Jugendreglement, Ausgabe für die 2. Lesung vom 13. Februar 2015

2. Lesung

§ 3 Organisation

Philippe Doppler: In der 1. Lesung hat der Einwohnerrat in Abs. 2 die Einzahlformulierung für Jugendtreffpunkte und Robinson-Spielplätze in eine Mehrzahlformulierung umgewandelt und ich möchte beliebt machen, dies wieder in die Einzahlformulierung zu ändern. Es kann nicht Sinn und Zweck einer Reglementsänderung sein, Tür und Tor zu öffnen, um weitere Treffpunkte zu erstellen und Robinson-Spielplätze zu bauen. Wenn der Gemeinderat dies im Sinn hat, kann er es in einer separaten Vorlage bringen. Somit bitte ich euch, dem Antrag auf Rückkehr zu einer Einzahlformulierung zuzustimmen, wie es in der ursprünglichen Fassung stand. Dasselbe gilt sinngemäss auch für § 8 Abs. 2 lit. a und b.
Antrag von Philippe Doppler

Kurt Lanz: Natürlich kann man es so sehen und ich denke, auch im Zusammenhang mit der Planung von Salina Raurica ist es tatsächlich möglich, auch dort ein solches Angebot einzurichten. Wenn wir nun das Reglement anpassen, vergeben wir uns nichts, wenn dort die Mehrzahl steht. Dies bedeutetet ja nicht, dass der Gemeinderat handeln muss, und wenn er die Notwendigkeit sieht, kann er handeln, ohne das Reglement zu ändern. Ich bitte sie also, es so zu belassen, wie es jetzt hier steht.

Christoph Zwahlen: Ich bitte aus denselben Gründen die Änderung nicht rückgängig zu machen. Wenn man nun Angst hat, dass es mehrere geben muss, weil dort die Mehrzahl steht, fügt man dort „einen oder mehrere“ ein. Dann ist klar; gedacht ist an eine Möglichkeit und nicht an eine Forderung.

Benedikt Schmidt: Der Text würde heissen „*Die Gemeinde führt die zur offenen Kinder- und Jugendarbeit erforderlichen Betriebe, namentlich einen Jugendtreffpunkt und einen Robinson-Spielplatz...*“

Abstimmung über den Antrag von Philippe Doppler

://: Der Antrag der SVP-Fraktion, Philippe Doppler, die Formulierungen bei den § 3 Abs. 2 und § 8 Abs. 2 in die ursprüngliche Fassung (Einzahl) zu ändern, wird mit 21 Nein zu 14 Ja bei 2 Enthaltungen abgelehnt.

Fortsetzung der Lesung

§ 6 Aufgaben

Kurt Lanz: Wir haben in der 1. Lesung neu lit. d eingeführt „Mitwirkung bei der Anstellung“; wir sind der Meinung, dies wieder zu streichen. Die Begründung ist, dass wir keine andere Organisation in Pratteln haben, die bei einer Anstellung mitwirkt. Die Betriebskommission wäre die einzige in Pratteln, die dies kann und es gäbe dann innerhalb der Gemeinde einen Systemfehler. Es stellt sich dann auch die Frage, ob man dies nicht an anderem Ort einführen müsste, was ja niemand will. Man will nicht, dass irgendwelche Kommissionsmitglieder bei der Anstellung mitwirken. Darum der Antrag, dies wieder herauszustreichen.

Antrag von Kurt Lanz

Abstimmung

://: Der Antrag der SP-Fraktion, Kurt Lanz, § 6 Abs. 2 d zu streichen, wird mit 25 Nein zu 8 Ja bei 4 Enthaltungen abgelehnt.

Fortsetzung der Lesung

§ 8 Aufgaben keine Wortmeldung

Die 2. Lesung ist beendet und es folgt die Schlussabstimmung

Der Rat beschliesst mit 31 Ja zu 2 Nein bei 4 Enthaltungen:

://: Die Teilrevision des Jugendreglements vom 28.1.2008 wird genehmigt.

Der Beschluss unterliegt dem fakultativen Referendum. Ablauf der Referendumsfrist: 27. April 2015.

Geschäft Nr. 2920

Quartierplanung Bahnhofstrasse

Aktenhinweis

- Antrag des Gemeinderates vom 11. Februar 2015

GR Rolf Wehrli: Ein langer, 5 Jahre andauernder Prozess liegt hinter uns und das Produkt auf dem Tisch. Es war ein spannender und sehr intensiver Prozess, der zu dieser Quartierplanung Bahnhofstrasse geführt hat. Der bestehende Quartierplan ist 41 Jahre alt, und dass die städtebauliche Ausrichtung des Quartierplanes nicht mehr zeitgemäss ist, ist allen klar. Im laufenden Prozess der letzten Jahre gab es zahlreiche Besprechungen, unter anderem auch mit der kantonalen Arealbaukommission. Die zugehörigen Unterlagen befinden sich in der Vorlage. Der neue Quartierplan sieht eine maximale Gebäudehöhe von 35 m vor, beim bestehenden Quartierplan waren es 30 m. Zu diesen 5 m Differenz: Mit 30 m bauen wir eine Bettflasche, mit 35 m bauen wir etwas Schlanges, das passt und zeitgemäss ist. Dies ist ein wesentlicher Punkt. Die Ecke Bahnhofstrasse/Baselstrasse ist sehr zentral, stellt den Eingang in die Bahnhofstrasse dar und später befindet sich dort die Dorf-Tramhaltestelle. Besonders wichtig – der Quartierplan hat mit der Planung der Gemeindeverwaltung überhaupt nichts zu tun. Der Quartierplan wird realisiert, ob die Gemeindeverwaltung hier sein wird oder an einem anderen Ort; dies wird ja momentan geprüft. Der Gemeinderat ist überzeugt, dass wir hier ein städtebaulich gutes Vorhaben auf dem Tisch haben und begrüsst es, wenn der Quartierplan an die BPK überwiesen wird.

Diskussion zum Eintreten

Urs Hess: Wir haben wieder ein Hochhaus vor uns und hatten früher die Idee, wir würden zwischen Tramlinie und Bahnlinie gemäss dem Hochhauskonzept Hochhäuser bauen. Nun haben wir hier eines, das weiter draussen ist. GR Rolf Wehrli hat gesagt, es sei nur 5 m höher, was einigermassen verschmerzbar ist und trotzdem muss man sich fragen, wie viele Einwohner wir in kurzer Zeit generieren wollen. Trotzdem sind wir der Auffassung das Geschäft an die BPK zu überweisen.

Andreas Seiler: Die Fraktion FDP-Mitte begrüsst die Vorlage. Wir sind auch für eine Überweisung an die BPK, weil es noch einige Details, wie beispielsweise zur Parkplatzsituation, zu besprechen gilt. Grundsätzlich sind wir positiv und nicht so kritisch zu diesem hohen Haus, und nicht einem Hochhaus wie am Bahnhof, eingestellt.

Roger Schneider: Auch die Fraktion der Unabhängigen und Grünen hat den Quartierplan kontrovers diskutiert. Die Mehrheit ist der Meinung, auf dieses Geschäft einzutreten und direkt zu beraten. Wir wollen später noch einige Details ändern mit den entsprechenden Anträgen sowohl im Plan als auch im Reglement. Uns ist wichtig, dies direkt im Rat zu beraten.

Patrick Weisskopf: Wie ihr von meinem Vorredner schon gehört habt, bin ich als unabhängiger Einwohnerrat hier und vertrete in vielen Geschäften nicht die Meinung der Fraktion. Wir haben gehört, dass der Quartierplan 41 Jahre alt ist und dass seit 5 Jahren daran gearbeitet wird. Wir hatten vorhin eine Diskussion zu den Häring-Hochhäusern, wie es dazu gekommen ist. Ich treffe in meinem Umfeld immer mehr Personen, die mit der Arbeit der Verwaltung und den geplanten Hochhäusern im Bau unzufrieden, wenn nicht sogar entsetzt sind und weiteren Hochhäusern sehr skeptisch gegenüberstehen. Ich mache darauf aufmerksam: Die Fassade, wie sie jetzt stattfindet, ist für mich die Nummer zwei, jetzt haben wir eine glänzende Fassade am Aquila und eine schöne künstlerische Fassade bei Planzer. Darum ist mein Unbehagen über den Quartierplan so gross, dass ich ihn sogar ablehne und ihn an die Verwaltung zur Anpassung und Überarbeitung zurückweisen will. Grund ist: Wir haben hier einen bestehenden Quartierplan Graben-

matt, der aus 4 Teilen besteht, wovon zwei Teile realisiert sind und die anderen beiden nicht. Man hatte nun 5 Jahre Zeit, daran zu arbeiten und es gibt nur einen einzigen positiven Punkt daran. Dies ist der reduzierte Schattenwurf und dann hört es für mich schnell auf. Ansonsten muss ich sagen, dass mit dem eigenständigen Definieren des Quartierplanes Bahnhofstrasse das Verfahren zwar für die Verwaltung vereinfacht wird, aber trotzdem eine Vielfalt von Fragen offen bleibt und in die Zukunft verschoben wird. Für mich heisst es, wenn der Quartierplan nicht mehr zeitgemäss ist, sollte der gesamte Quartierplan ins Auge gefasst werden und nach Art. 47 eine Änderung oder Aufhebung beantragt werden. Dies müsste vom Gemeinderat kommen und damit könnte er auch eine gewisse Rechtssicherheit für die Zukunft schaffen. Der nicht bebaute Perimeter bleibt bestehen und auch dort dürfte der Investor ein Hochhaus von 30 m Höhe bauen mit schöner Sicht auf den Jörinpark. Es geht also um die Frage der Besitzstandeswahrung oder Bestandesgarantie. Unser Gemeinderat setzt sich jetzt dahin gehend ein und sagt, die Höhe sei relevant. Ist Besitzstand nutzungsrelevant? In diesem Quartierplan gibt es eine sehr grosse Mehrnutzung, aber die Bevölkerung erhält ein einige Meter höheres Hochhaus. Darum ist mir wichtig, es ganzheitlich anzuschauen mit dem Quartierplan Grabenmatt, wie er heute besteht, ändert und gleichzeitig vor den Einwohnerrat bringt, den alten aufhebt und den neuen absegnet. Dies bedingt aber auch eine Koordination der Grundbesitzer. Es gibt noch weitere Gründe: Im Planungs- und Begleitbericht auf Seite 6 im Kapitel 3.3 sind die Zonenvorschriften nicht richtig dargestellt, und dies finde ich richtig schlimm. Die Verwaltung sollte sich an diejenigen Regeln halten, die heute gültig sind und nicht an diejenigen, die in Zukunft sein könnten. Im Mitwirkungsbericht habe ich Zone 4 und 5, genannt WG 5 oder WG 4 oder W 5 oder W 4. Dann durfte ich feststellen, dass diese in Pratteln nicht existent sind. Dies kann man aus der Mitwirkung des Kantons herauslesen, wo er darauf hinweist, dies zu ändern. Geopratt zeigt nicht die Realität an und dies ist für mich eine komische Situation. Rechtlich gesehen gibt es die Wohnzone 3, Wohnen und Gewerbe 3, die eine gewisse Höhe zulässt und das andere ist ein graues Feld und das graue Feld liegt beim Einwohnerrat. Auch die nachgeführte Zonenplanung Siedlung ist vom Kanton immer noch nicht abgeseignet und es sind noch viele Punkte offen. In der nachgeführten Planung Siedlung fehlen mir die Definitionen der Zone WG und W 2 respektive 3. Rechtlich ist es so, dass weiterhin das gilt, was im Quartierplan Grabenmatt enthalten ist und damit müssen wir zurechtkommen. Aus dieser Betrachtung heraus ist es für mich schwierig, denn ich will nicht unbedingt neue Hochhäuser haben, weil jemand den Besitzstand wahren will. Ich will, dass die Einwohner auch vertreten sind und sagen können, ob sie Hochhäuser wollen oder nicht. Löst dies richtig und verschiebt es nicht einfach in die Zukunft. Weiter trägt der Quartierplan 15 ebenfalls den Namen Bahnhofstrasse, aber dies ist ein Detail. Eine etwas unterschiedliche Benennung wäre von Vorteil, damit man sie auseinanderhalten kann. Jetzt sind wir bei den Definitionen und ich habe immer das Problem, was ist ein Hochhaus? In Dubai ist ein Hochhaus eines ab 100 m und in Wien auch, nur sind wir im Kanton Basel-Land und hier gilt nach Brandschutznorm als Hochhaus, was höher als 25 m ist. Damit müssen wir uns anfreunden. Es steht also eindeutig ein Hochhaus zur Diskussion und nicht ein hohes Haus, wie man mir im Mitwirkungsbericht weismachen wollte. Die Wirkung von Hochhäusern ist dadurch bestimmt, dass sie sich signifikant von den Umgebungsbauten abheben. Darum ist es aus städtebaulicher und funktionaler Sicht das Delta zwischen den Umgebungsbauten und dem Hochhaus ein wesentliches Merkmal. Und wenn dies mehr als 10 m ist, ist es vielleicht sogar richtplanrelevant, aber das will ich der Gemeinde oder BPK überlassen. Urs Hess hat es im Vorfeld schon gesagt: Wir haben ein Hochhauskonzept von 2008, erstellt von Nissen und Wetzlaff, und dort wurden Clusters angeschaut. Diese bewegen sich vom Bahnhof weg in Richtung Norden bis zur Salinenstrasse. Auf Wunsch eines Investors wurde es sogar bis an die Hohenrainstrasse erweitert. Die Investoren geben uns also vor, wie die Hochhaus-Cluster aussehen sollen. Für mich ist die absolute Grenze die Tramlinie und heute liegt die Grenze für Hochhäuser, alles über 25 m, für mich bei der Salinenstrasse, eine gerade Linie durchgezogen und nach Norden bis Hohenrainstrasse. So will ich das auch beurteilt haben in Zukunft. Auf das „Konzept der Anordnung von hohen Gebäuden innerhalb von Pratteln nach städtebaulichen und siedlungsstrukturellen Kriterien“ haben sich die Bau-

Abteilung sowie die Abteilung für Raumplanung beim Kanton auf eine Methodik geeinigt und die Ergebnisse dieser Studie gutgeheissen. Dies bitte ich auch einzuhalten und nicht überall Hochhäuser zu bauen. Was passiert nun mit dem Grabenmatt-Teilplan 4a? Es entsteht plötzlich ein Hochhaus am Jörinpark und dies nur wegen Besitzstandswahrung, die nicht geklärt ist? All dies müsste geklärt sein und zwar vorher. Ebenfalls begreife ich nicht, wie in einem Reglement, das etwas auslöst, noch Punkte enthalten sind, in denen es heisst, sie müssten noch geklärt werden. Dies ist Teil des Quartierplanes Grabenmatt und muss gesamtheitlich angeschaut werden. Es geht nicht, dass Quartierpläne, nur weil ein kleiner Immobilienbesitzer eine Änderung an einem Haus machen will, aufgehoben werden und man damit einem Haufen Immobilienbesitzern respektive Anwohnern das Recht nimmt, mitreden zu können und genau dies ist hier im Quartierplan im Jahr 2000 passiert. Ursprünglich waren es zwei zusammenhängende Quartierpläne, man hat einander Absprachen und Zusprachen gemacht, aber es war auch so, dass Änderungen nicht erlaubt waren. Irgendwann wollte man an einem Einfamilienhaus etwas machen, eine kleine, unwesentliche Änderung und dann hat man den ganzen Quartierplan aufgehoben, den Anwohnern Recht weggenommen, wie sich etwas entwickeln soll. Ich finde dies hart und ich will, dass man diesen Anwohnern noch einmal Gehör verschafft, dass sie sich äussern können zu Schattenwürfen, dass man es so anpasst, dass es für alle eine tolle Lösung sein wird, bei der der jetzige Investor Möglichkeiten hat, eine saubere Sache zu machen, den Besitzstand zu wahren - dies ist für mich die Nutzungsziffer - aber eben auch in den angrenzenden Grundstücken die Möglichkeit hat, den Schattenwurf so zu machen, dass er unter die 2 Stunden zu liegen kommt, weil es dort schon sehr dunkel ist und es ist auch anzuschauen, dass die Fassaden so ausgerichtet bzw. ausgestaltet sind, dass sie nicht leuchten und spiegeln. Meinen Antrag auf Rückweisung behalte ich bei, damit man genau diese Sachen anschaut und noch einmal mit einer gesamtheitlichen Lösung kommt, mit dem Besitzer abgesprochen und man weiss, wo man steht und nicht eine Salomitaktik anwendet und wir nicht wissen, was wir beschliessen, weil noch etwas abgeklärt werden muss und einige Jahre später noch jemand am Jörinpark kommt und auch ein schlankes, 35 m hohes Wohnhaus machen will. Dies will ich nicht. Zuerst korrekte Facts schaffen und dann schauen wir es an. Wenn ihr trotzdem überweist, bin ich auch für die BPK, die dies anschaut. Ich habe eine relativ umfangreiche Liste vorbereitet.

Antrag von Patrick Weisskopf

Bruno Baumann: Wir haben von Patrick Weisskopf sehr viele Punkte gehört, auf die ich nicht eingehen will. Die SP-Fraktion ist auch der Meinung, an die BPK zu überweisen. Warum? In der BPK ist die Vorlage gut aufgehoben, wird kritisch überprüft und, zu Patrick Weisskopf gerichtet: Es ist gut, wenn ihr, du und die anderen Parteien, Punkte habt, die dringend in der BPK besprochen werden müssen; gebt dies dem Präsidenten oder euren Personen in der BPK mit, damit es die BPK einfacher hat. Es hat keinen Wert, hierin über einzelne Punkte zu diskutieren, die nachher in der BPK sowieso diskutiert werden. Nehmt sie auf und gebt sie euren Leuten mit. Die SP-Fraktion ist für Eintreten und Überweisung an die BPK.

Gert Ruder: Ich möchte einige Punkte von Patrick Weisskopf erwidern: Ich glaube nicht, dass sich die BPK die Mühe nehmen wird, die Beschattung des Jörinparkes zu überprüfen. Die BPK weiss, wo die Sonne durchgeht. Was Patrick Weisskopf für eine Verbindung vom hohen Haus und dem Jörinpark herstellt, kann ich einfach nicht verstehen und es wird etwas in diesen Saal hinein konstruiert, was wirklich weder Hand noch Fuss hat. Es hätte mich gewundert, wenn du uns nicht eine umfangreiche Liste zur Verfügung stellen würdest.

Abstimmung über den Antrag von Patrick Weisskopf

://: Der Rückweisungsantrag von Patrick Weisskopf, Fraktion der Unabhängigen Prätteln, wird mit 27 Nein zu 6 Ja bei 4 Enthaltungen abgelehnt.

Es gibt keine weiteren Wortmeldungen zum Geschäft und es folgt die Abstimmung über den Antrag von Urs Hess

Auf Antrag der SVP-Fraktion, Urs Hess, beschliesst der Rat mit grosser Mehrheit bei 1 Enthaltung:

://: Das Geschäft Nr. 2920 wird an die Bau- und Planungskommission überwiesen.

Geschäft Nr. 2912 Teilrevision des Parkierungsreglements – 1. Lesung

Aktenhinweis

- Antrag des Gemeinderates vom 9. Februar 2015

Das Büro schlägt Eintreten und Direktberatung vor.

GR Ruedi Brassel: Es geht darum, im Parkierungsreglement eine Lücke zu schliessen, die schon einige Zeit erkannt ist, die in der Beratung im Einwohnerrat entstanden ist, als der Einwohnerrat die vom Gemeinderat vorgesehene Parkkarte für Besucher gestrichen hat. Wir haben dies seinerzeit bedauert und auch darauf hingewiesen, dass eine solche Parkkarte notwendig ist. Mittlerweile gab es, auch aus dem Einwohnerrat, Voten und Hinweise, dass man eine solche Besucherparkkarte schaffen soll. Wir haben dies gerne aufgenommen und präsentieren hier einen Vorschlag dazu. Es geht heute darum, diese Parkkarte schnell zu realisieren, damit Unklarheiten beseitigt werden können. Wir haben eine Anwohnerparkkarte, die das frühere Nachtparking ablöst und dazu muss es für Gäste von auswärts eine Besucherparkkarte geben, die einfach bezogen werden kann, sei es auf der Verwaltung oder über ein App, das demnächst laufen soll und später auch übers Internet ab Mai. Diese Lücke soll schnell geschlossen werden, weil heute behelfsmässig eine Nachtparkingkarte bzw. Anwohnerparkkarte zusätzlich gelöst werden musste. Dies ist keine sinnvolle Dauerlösung und die Lücke soll behoben werden. Wir haben bereits 2'500 Anwohnerparkkarten verschickt, die Signalisationen erstellt und wollen, sobald die Möglichkeit gegeben ist, das Markieren der Parkfelder umsetzen. Hier warten wir noch auf den Zusatzbericht, der im Einwohnerrat versprochen wurde und auf den BfU-Bericht. Ich bitte sie daher, dieses Geschäft bzw. die Besucherparkkarte schnell zu behandeln, damit wir hier zum Zug kommen.

Diskussion zum Eintreten

Andreas Seiler: Der Einwohnerrat hat, als er das Parkierungsreglement behandelt und beschlossen hat, einiges überlegt. Die Mehrheit von uns wollte damals eine Parkraumbewirtschaftung und wollte das Fremdparkieren in den Quartieren verhindern oder vermindern. Fremdparkieren ist vor allem bei den S-Bahnstationen und Tramlinien ein Problem, weil man dort auf den öV umsteigen und in die Stadt fahren kann. Das Reglement sieht weisse Parkfelder mit und ohne Zeitbeschränkung und mit Parkuhren vor. In § 8 Abs. 1 heisst es „weisse Parkfelder ohne Beschränkung und ohne Gebühr“. In den weiteren Abschnitten von § 8 heisst es „Der Gemeinderat kann...“, es heisst aber nicht „Der Gemeinderat muss...“. Der Gemeinderat hat nun das Reglement so umgesetzt, dass flächendeckend in der ganzen Gemeinde die 3-Stundenzone eingeführt wurde, ausser bei denjenigen Parkplätzen, die eine Parkuhr aufweisen. Hier heisst es nun bei den Tempo-30-Eingängen max. 3 Stunden auf den weissen Parkfeldern. Dies wäre vielerorts überhaupt nicht nötig gewesen wie beispielsweise am Müliweg oder in vielen anderen Quartieren, wo man nicht so schnell aufs Tram umsteigen kann. Durch diese Überregu-

lierung des Gemeinderates - der Einwohnerrat hat vielleicht das Reglement zu offen formuliert, was unser Fehler sein könnte - will uns nun der Gemeinderat mit dem nächsten bürokratischen Akt beglücken und die Besucherparkkarte einführen. Grundsätzlich bin ich nicht gegen eine Besucherparkkarte, wo es notwendig ist, aber überzeugt, wenn man den Missstand, den ich vorhin erwähnt habe, beseitigt, und nicht überall die 3-Stundenzone macht, dass es für 90 % der Besucher bzw. Prattler Einwohner gar keine Parkkarte braucht. Zuerst muss dieser Missstand korrigiert werden und erst dann sind wir bereit, die Besucherparkkarte anzunehmen. Darum wollen wir die Vorlage zur Korrektur an den Gemeinderat zurückweisen. Der Gemeinderat hat bei früheren Sitzungen schon gesagt, dass wir die verschiedenen Zonen herausgestrichen haben, die einen Einfluss auf die Gültigkeit der Parkkarten gehabt hätten, nicht aber auf die Markierung der 3-Stundenzone. Heute haben wir, obwohl es nur eine Zone gibt, verschiedene Parkregimes, teilweise mit, teilweise ohne Parkuhren, und wenn wir nun bei der Hauptstrasse schauen, haben wir auf jeder Seite viele Tafeln, weil die Zone in den Seitenstrassen ändert, weil wir an der Hauptstrasse Parkuhren haben und somit keine 3-Stundenzone und auf jeder Seite haben wir die Tafel, dass wieder die 3-Stundenzone beginnt bis zur Oberemattstrasse, wo wieder 50er-Zone ist bzw. Ende 30. Aufgrund des jetzigen Reglements kann der Gemeinderat vieles verbessern oder allenfalls eine korrigierte Vorlage vorlegen, die im Reglement genauer beschreibt, wo die 3-Stundenzone notwendig ist und wo nicht. Darum wollen wir die Vorlage an den Gemeinderat zurückweisen.

Antrag von Andreas Seiler

Fredi Wiesner: Der Vorredner hat gesagt, was zu sagen ist und ich bringe lediglich einige Ergänzungen an: Die Fraktion der SVP hat die Reglementsänderung diskutiert und ist zum Schluss gekommen, dass wir in der Bevölkerung einen grossen Unmut haben und sie mit dem, was gemacht wurde, nicht einverstanden ist. Daher sind wir zum Schluss gekommen, nicht nur die Besucherparkkarten einzuführen, sondern dass das Ganze noch einmal anzuschauen und eventuell zu überarbeiten ist und Änderungen einzubringen sind. Daher lautet unser Antrag „Eintreten und Überweisung an eine Kommission“. Man könnte dann auch gerade die dringliche Motion einbinden. So ist eine Reglementsanpassung nötig und nachher in der Bevölkerung eine grössere Akzeptanz. Ich glaube, es wurde noch kein Einwohnerrat von Personen angegangen, die nicht mit irgendeiner Massnahme einverstanden waren. Darum soll man heute keine Pflasterlipolitik betreiben, sondern Mut zeigen, es noch einmal in die Hand nehmen und etwas machen, das nachher Bestand hat.

Antrag von Fredi Wiesner

Emil Job: Die Fraktion der Unabhängigen und Grünen hat die Änderung diskutiert. Das mit der 3-Stundenzone ist uns nicht aufgefallen - offensichtlich sind wir zu wenig Autofahrer. Grundsätzlich sind wir für Eintreten und Direktberatung und werden noch kurz intern diskutieren, wie wir weiterfahren.

Kurt Lanz: Ich kann nachvollziehen, was gesagt wurde, habe aber ein Problem. Die Situation für Besucher muss ja gelöst werden und daher stellt sich für mich die Frage, ob man es nicht losgelöst voneinander anschauen kann. Der Rat hat ja immer die Möglichkeit, über Motionen oder Postulate vom Gemeinderat eine Auskunft zu verlangen auch im Zusammenhang mit diesem Reglement und mit einer Motion kann er sogar spezielle Ziffern oder Buchstaben abändern. Wenn wir es heute an eine Kommission geben, wie geht man jetzt im Moment um mit den Besuchern? Darum denke ich, dass man jetzt das Problem mit den Besucherparkkarten anschauen und jetzt lösen muss und die andere Situation gesondert. Dafür brauchen wir länger und dies bedeutet, dass, wenn jemand auf Besuch kommt, diese Person gar keine andere Möglichkeit hat, als eine Busse zu erhalten. Darum wäre ich um eine konstruktive Lösung meines Problems froh und vielleicht kann ich meine Haltung nachher noch etwas ändern.

Urs Hess: Kurt Lanz hat mir einen Steilpass gegeben. Er hat genau das, dass man das Parkierungsreglement so nicht brauchen kann, aufgenommen. Damals haben wir gesagt, ob man verhindern will, dass jemand nach Pratteln auf Besuch kommt - genau dies haben wir gebracht. Und nun hat man ein blödsinniges Reglement geschaffen, was wir mit einem noch grösseren Blödsinn beheben wollen: Dies kann nicht der Weg des Einwohnerrates sein. Wenn der Gemeinderat es so machen will, kann er es machen, aber der Einwohnerrat soll noch etwas schlauer sein. Wir machen eine Kommissionsberatung - ich schlage eine 9er-Kommission vor - die das ganze Reglement anschaut und schlau aufgleisen – und dann braucht es keine Besucherparkplatzkarte mehr. Was der Gemeinderat problemlos machen kann: In allen Zonen, die eine beschränkte Parkierzeit haben, dies aber nicht brauchen, die Beschränkung zu überkleben und dann kann man parkieren, wie man will. Dies ist der schnellste Weg.

Andreas Seiler: Zu Punkt 1, den Sofortmassnahmen: Urs Hess hat es bereits gesagt. Den orangen Strich, der früher auf den Tafeln aufgeklebt war, kann man wieder aufkleben und wir haben dieses Problem für den Moment gelöst. Anschliessend können wir das Reglement überarbeiten und so, wie ich es von Kurt Lanz gehört habe, ist er auch der Meinung, man müsse es überarbeiten oder ich habe es herausgehört. Die SVP ist auch dieser Meinung und wir sind bereit, unseren Antrag auf Rückweisung zurückzunehmen zugunsten des Antrages der SVP, an eine Spezialkommission zu überweisen. Dann lassen sich auch weitere Punkte klären, beispielsweise, warum es keine blauen Zonen mehr gibt und überall Parkuhren.

GR Ruedi Brassel: Ich erinnere daran, dass das Reglement vom Einwohnerrat erlassen wurde. Der Einwohnerrat hat diese Besucherparkkarte gestrichen und der Einwohnerrat hat darauf gedrängt, nur eine Zone zu haben und die Differenzierung des Gemeinderats aufgehoben. Wir haben weisse Zonen mit Parkuhr und weisse Zonen ohne Parkuhr. Dass in weisser Zone mit Parkuhr Gebühren bezahlt werden, ist klar. Es handelt sich um die zentrumsnahen Gebiete, in denen man das Fremdparkieren verhindern und für das Gewerbe eine Fluktuation auf den Parkplätzen ermöglichen will. Hier haben wir eine offene, kundenfreundliche Lösung mit der ersten halben Stunde gratis, das ist genau das, was Pratteln braucht. In den anderen Zonen geht es darum, durch die zeitliche Beschränkung der Parkfelder für die Besucher schnell und unbürokratisch mit einer Reglementsänderung eine Lösung zu finden. Dies jetzt, weil es jetzt eine Lösung braucht. Man kann nicht das Chaos, das dadurch entstanden ist, dass man mit den Markierungen nicht vorwärts machen kann, noch verlängern. Wir haben auf Basis des vom Einwohnerrat verabschiedeten Reglements in der Gemeinde investiert, in Parkuhren, in Signalisationen und in die Karte, die man herausgibt. Dies sind Beträge, die hohe fünfstelligen Summen ausmachen, wenn nicht gar sechsstelligen. Wenn wir dies alles riskieren dadurch, dass wir die Zonen neu machen wollen, ist dies auf der Basis von Einwohnerratsentscheiden in den Sand gesetzt; dies will ich klar gesagt haben. Es liegt in der Verantwortung des Einwohnerrates, jetzt auf Grundlage des bestehenden Reglements, etwas zu realisieren, um die Lücke zu schliessen. Eine Kommissionsberatung wird einige Zeit dauern und man riskiert den Verlust investierter Mittel, weil die Umsetzung nicht adäquat erfolgen kann. Wenn der Einwohnerrat dies will - am Gemeinderat wird es nicht liegen, die konstruktive Zusammenarbeit mit der Kommission zu verweigern. Wir machen auf jeden Fall mit und sind interessiert. Ich selber finde, dass es schlauer ist, die Regelung jetzt umzusetzen, die Erfahrungen abzuwarten und erst nach einer gewissen Zeit das Reglement zu überarbeiten. Dies ist die sinnvollere Lösung und nicht, in die nächste Hüst-Hott-Aktion zu gehen.

Andreas Seiler hat seinen Rückweisungsantrag zurückgezogen; damit ist der Rat stillschweigend auf das Geschäft eingetreten. Es folgt die Diskussion zum Antrag von Fredi Wiesner (Überweisung an eine Kommission)

Kurt Lanz: Für das Protokoll: Ich habe nicht gesagt, das Reglement sei unnötig. Ich habe versucht, eine gute Lösung herauszufinden, damit es nicht eine Art gesetzlosen Zustandes gibt. Wenn wir nun die von Andreas Seiler vorgeschlagenen orangen Kleber auf die Tafeln kleben, würde dies bedeuten, dass wir auch keine Nachtparkgebühr mehr haben? Dies bedeutet eine Aufhebung der Nachtparkierungsgebühren und wäre dann verschwunden. Dies bedeutet, man kann nachher parkieren wie und wo man will. Ich bin nicht sicher, ob dies tatsächlich die Absicht ist und wenn wir es an eine Kommission überweisen, dauert es ewig lange dauert - bis nach den Sommerferien, bis wir hierin darüber diskutieren können. Klar ist auch, dass es sich um eine emotionale Angelegenheit handelt, und daher ist der von GR Ruedi Brassel vorgeschlagene Weg nicht schlecht. Er will ja schlussendlich eine Revision des Reglements und wir müssen jetzt die Probleme der Gäste lösen, die zu uns nach Pratteln kommen. Diese Personen müssen eine Möglichkeit haben, nach einem gültigen Reglement eine solche Karte zu lösen.

Roger Schneider: Ich finde es unglaublich und fast verantwortungslos, was diese Seite hier im Rat bietet. In der Spezialkommission, einer 9er-Kommission, hattet ihr die Mehrheit, ihr - Rechts und FDP-Mitte - habt eine Mehrheit hier im Einwohnerrat, habt eine Mehrheit im Gemeinderat - was wollt ihr eigentlich? In der Spezialkommission wurde das Reglement detailliert beraten und im Einwohnerrat an der Sitzung habt ihr die Besucherparkkarte auf Antrag von Urs Hess, glaube ich, wieder gestrichen und nun generiert ihr unnötigen Verwaltungsaufwand.

Roland Kuny: GR Ruedi Brassel hat recht. Der Einwohnerrat hat die Parkkarte gekippt und du hast auch recht, dass ein Grossteil des Einwohnerrates für das Parkierungsreglement war, aber der Gemeinderat, und nicht der Einwohnerrat, hat die weissen Parkfelder mit einer Zusatztafel zeitlich beschränkt.

Patrick Weisskopf: Ich gehöre zu den wenigen Autofahrern bei den Unabhängigen und Grünen und gehöre auch zu denen, die die Besucherkarte gekippt haben, weil ich einen eigenen Parkplatz habe und daher keine solche Zonenkarte besitze. Ich finde es eine kuriose Sache, wenn ich meine Eltern besuche und dann eine Besucherkarte lösen muss. Trotzdem ist wichtig, nun eine pragmatische Lösung zu finden und wir haben einen Puck geschossen auf beiden Seiten. Daher bin ich dafür, dass man eine Kommission bildet, die die Sachen anschaut und wir können schon heute neue Pucks voraussehen, wenn wir an Sandgruben denken: Grossveranstaltungen parkieren auf der Wiese und nicht auf dem markierten Parkplatz und ich weiss gar nicht, ob man dann bezahlen muss. Wenn die Kommission zusammensitzt, diejenigen Sachen diskutiert, die wir wissen und auch von der Bevölkerung gekommen sind, können wir eine zügige Umsetzung machen.

Thomas Sollberger: Die Besucherparkkarte wurde in der Spezialkommission beraten und abgelehnt. Kommission und auch Einwohnerrat wollten bewusst nicht, dass Besucher fürs Parkieren bezahlen müssen. Das Problem liegt nicht beim Reglement, sondern in der Umsetzung, weil man jetzt überall die weissen Zonen mit Zeitbeschränkung gemacht hat. Hätte man darauf verzichtet bzw. nur an den neuralgischen Stellen vollzogen entlang vom Tram, im Bereich des Bahnhofs und eventuell später noch räumlich ergänzt, wäre das Problem gar nicht entstanden. Es liegt also eindeutig an der Umsetzung und nicht am Reglement.

Fredi Wiesner: Ich musste vorhin einmal mehr anhören, dass der Einwohnerrat an allem schuld ist. Ich habe die damalige Debatte bei der Reglementsanpassung noch mal durchgelesen. Damals war man vehement dafür, nur die neuralgischen Punkte mit einer Zeitbeschränkung zu versehen und nicht ganz Pratteln. Damals wurde auch gesagt, man wolle im Prinzip eine Zone, was ja kein Problem ist, wenn man nur dort handelt, wo es ein Problem gibt. Damals sagte man, man gebe dem Gemeinderat die Kompetenz, selber zu entscheiden, wo man dies einführen wollte. Heute, meine ich, hätte man im Einwohnerrat diese Strassen mit Zeitbeschränkung festlegen müssen. Das hat man seiner-

zeit nicht gemacht, in der Meinung, dass es dann auch so gehandhabt wird. Jetzt ist einmal mehr der Einwohnerrat Schuld am Schlamassel, den wir haben. Ich meine, die 3-Stunden-Regelung wurde gestrichen, und wenn diese Regelung wegfällt, haben wir die weissen Parkplätze und die Leute könne darauf parkieren und auch das mit dem Nachtparking kann mit dieser Regelung gelöst werden. Am Schluss kann man das Reglement anpassen, falls es eine schlaudere Regelung braucht oder wir machen dies mit den 3 Stunden in den Aussenquartieren rückgängig. Ich kann mir nicht vorstellen, dass dann 100'000 oder 200'000 Franken in den Sand gesetzt sind, weil ja niemand etwas gegen die Parkuhren hat; es geht wirklich nur um die umliegenden Quartiere, in denen nun überall 3 Stunden gelten und sonst nichts. Ich glaube, die Besucherparkkarten sind auch nicht so einfach zu lösen für alle Leute. Es gibt solche, die das beherrschen und andere gehen auf die Gemeindeverwaltung. Es gibt viel Aufwand, diese auszustellen und ob es sich überhaupt lohnt, ist fraglich.

Christoph Pfliter: Es ist das Departement von GR Ruedi Brassel und dass du nun versuchst, den Kopf aus der Schlinge zu ziehen, ist nachvollziehbar. Du musst aber nicht kommen und sagen „Der Einwohnerrat hat...“. Ich habe angekreuzt, wie oft hier steht „Der Gemeinderat kann...“ und genau dieses „Der Gemeinderat kann...“ hat mir überhaupt nicht gepasst. Wenn jemand weiss, was er zu tun hat, kann man ihn machen lassen. Wenn er es nicht weiss, darf man ihn nicht machen lassen. Man hat dem Gemeinderat zu viele Kompetenzen gegeben und zu wenig geregelt. Ich bin nicht dafür, alles zu Tode zu regeln, aber es ist einfach zu viel, was ihr hier gemacht habt. Ich bin nun schon einige Jahre im Einwohnerrat und es gab es noch nie, dass sich Leute aus allen Parteien nerven, was im Dorf geht. Nun sehen sie ein, dass es Unsinn ist und wenn man Unsinn macht, wird es Geld kosten. Ich bin auch nicht dafür, alles, was gemalt und gemacht ist, wieder rückgängig zu machen. Viel Geld ist verloren, aber das, was jetzt gemacht wurde, ist nicht durchführbar. Nun müssen wir in den sauren Apfel beißen und es in einer 9er-Kommission behandeln und die orangen Kleber wieder anbringen und es ist geregelt. Jemand muss den Kopf hinhalten und sagen, dass er schuld ist und dies bist leider du.

Andreas Seiler: Kurz zur Sofortlösung mit den orangen Klebern: Wenn man „Maximum 3 Stunden“ überklebt, ist das Problem vorderhand gelöst. Auf das Nachtparking hat es keinen Einfluss, weil das Nachtparking nicht auf dem Schild beschrieben ist, sondern nur im Reglement. Die 3 Stunden gelten ja nur tagsüber von 8 bis 7 Uhr (oder so ungefähr) und dies bedeutet, dass das Nachtparking von dieser Lösung noch nicht betroffen ist. Beim Nachtparken heisst es sowieso, dass regelmässiges Nachtparking nicht gestattet ist. Wenn nun ein Besucher kommt, und drei Tage hier bleibt, ist dies für mich noch kein regelmässiges Nachtparking und es ist auch nicht notwendig, eine solche Karte zu lösen. Wenn nun jemand das ganze Jahr hindurch als Besucher hier ist, muss man sehen, ob es für diejenigen wenigen Fälle noch eine Lösung braucht. Mit dem orangen Klebeband können wir das Problem schnell und sinnvoll lösen, bis die Kommission die entsprechenden Anpassungen im Reglement ausgearbeitet hat.

GR Ruedi Brassel: Ich will keinen Kopf aus der Schlinge ziehen; er ist überhaupt nicht darin. Ich will eine konstruktive Arbeit am Parkierungsreglement leisten, ich will, dass die Einführung der vom Einwohnerrat gefassten Beschlüsse wirklich vernünftig durchgeführt werden kann und dass man nicht einfach alles in Bausch und Bogen verdammt und verurteilt. Ich habe schon im letzten Herbst bei der Umsetzungsdebatte gesagt, dass Fehler passiert sind; man hat in Bezug auf die Regelung der Festlegung der Parkplätze einen Aufschub gemacht und wird dort einige Korrekturen vornehmen. Dass auch in den Aussenquartieren die weissen Zonen markiert werden müssen, können wir nicht ändern. Dies bedeutet weisse Zonen ohne Parkuhr und so steht es im Reglement. Wir müssen dort auch festlegen, auf welchen Feldern parkiert werden kann. Wir können nicht zum bisherigen Zustand zurückkehren auf Basis dieses Reglements, indem man sagt, man könne überall parkieren. Es gilt eine Festlegung der Parkplätze, was gemacht werden muss und dies ist Basis davon. Was wir auch nicht wollen, ist, dass sich die Verdrängung der Anwohner durch Fremdparkierer von der Kernzone in die Aussenquartiere ver-

lagert und darum die zeitliche Beschränkung. Jetzt kann man darüber diskutieren, ob man die Beschränkung in Zukunft weiter führen will oder nicht. Darüber kann man in einen konstruktiven Dialog treten, aber die Besucherparkkarte müssen wir nun realisieren und nicht einfach unklares Recht schaffen, indem die Personen, die jetzt ordnungsgemäss eine Anwohnerparkkarte oder eine Angestelltenparkkarte gelöst haben, nun die Benachteiligten sind, bezahlt haben und nun heisst es, der Einwohnerrat findet, ab sofort sei nichts mehr fällig. Dies ist die Wirkung der Hüst-Hott-Politik, dass nachher nicht mehr klar ist, was gilt. Für mich ist klar, man sollte nun die Besucherparkkarte realisieren und in einer zweiten Phase auf Basis des bestehenden Reglements über Reglementsanpassungen diskutieren. Wenn wir das Reglement teilaufheben, wie hier vorgeschlagen, funktioniert nachher nichts mehr und es entsteht wirklich ein Chaos.

Gert Ruder: Ich bitte darum, uns selber an die Nase zu nehmen und nicht einander hin und her Vorwürfe zu machen, wer Schuld hat und wer mehr oder weniger. Mit Sicherheit hat sich der Einwohnerrat als Ganzes oder die Mehrheit, die den Beschluss gefasst hat, und das ist ja auch immer der ganze Einwohnerrat, weil der Einwohnerrat in seinen Mehrheiten beschliesst. Er hat sich nicht mit Ruhm bekleckert, so wenig, wie die umsetzenden Ingenieurbüros und vielleicht auch der Gemeinderat. Also können wir dies so stehen lassen und uns überlegen, was jetzt die bessere Lösung ist. Machen wir es so, wie es GR Ruedi Brassel vorschlägt, führen die Besucherparkkarte ein und beginnen in einem späteren, zweiten Schritt, beispielsweise nach den Sommerferien, eine Revision dieses Reglements und behandeln alles, was dann in den vergangenen Monaten aufgetaucht ist. Ich hoffe, wir kommen heute Abend zu einer solchen Entscheidung, dass wir den Gemeinderat heute Abend nicht im Regen stehen lassen, weil eine gewisse Rechtsunsicherheit besteht, jenen gegenüber, die ordnungsgemäss bezahlt haben und den anderen gegenüber, die einfach parkieren und dann sagen, sie seien auf Besuch gewesen. Wer will denn das kontrollieren? Ich denke, wir sollten heute Abend eher dafür sein, die Besucherparkkarte meinetwegen provisorisch einzuführen und zu einem späteren Zeitpunkt das Reglement zu revidieren und auf alle Wünsche später in einer Kommissionsberatung einzugehen.

Christine Gogel: Ich kann allen Voten etwas abgewinnen. Die Idee mit der Sonderkommission gefällt mir sehr, vor allem, weil wir jetzt so poltern und mit einer Kommission sind wir eingebunden und in der Pflicht und können eine gute Lösung bringen. Nun kommt das Votum von Gert Ruder, was mit denjenigen passiert, die schon bezahlt haben. Diese Frage steht nun für mich zentral im Raum. Andreas Seiler, wenn du dazu auch so eine Superlösung zu bieten hast wie die orangenen Kleber, kann ich dir folgen und sonst finde ich den Vorschlag von Gert Ruder sehr gut, dass wir parallel fahren und sofort versuchen, das erste Problem zu lösen und die Besucherkarte provisorisch einführen und gleichzeitig die Sonderkommission ins Leben rufen, damit diese mit Schaffen und Planen beginnen kann, damit wir es noch in diesem Jahr auf einen guten Weg bringen.

Christoph Zwahlen: Ich bin der Meinung von Andreas Seiler und wusste nicht, dass ausser der Längi, die auch ein Aussenquartier ist, bis zum hintersten und letzten Winkel im Dorf alles mit dieser Zeitbeschränkung belegt ist. Gerade wegen der Längi, wo es heute null Parkplatz ohne Zeitbegrenzung gibt, ist die Frage, ob man trotzdem eine Besucherkarte haben muss. Wohin weichen die Leute aus? Sonst bin ich absolut dafür, dass man nur die neuralgischen Punkte zeitlich beschränkt und sich dann eine Besucherkarte erübrigt. In der Längi stellt sich auch die Frage, wo man eine solche Karte löst. Wenn ich von der Längi zur Gemeindeverwaltung laufen muss, um sie einzeln zu kaufen – stellen sie sich diesen Unsinn vor. Eine zweckmässige Lösung finden könnte eine Kommission.

Fredi Wiesner: Ich habe ein Problem damit, was eine Besucherkarte mit einer Gewerbeparkkarte oder Nachtparkkarte oder Anwohnerparkkarte zu tun hat. Man kann ja nicht sagen, weil Besucher nicht bezahlen müssen, warum sollte ich bezahlen? Dies ist ja im Reglement geregelt und es geht jetzt lediglich um die Besucher. Ich könnte dem Ganzen

etwas abgewinnen, wenn wir eine Besucherparkkarte kreieren würden, mit der Bemerkung, dass wir hier die 1. Lesung haben, im April keine Einwohnerratssitzung stattfindet und es also sowieso zeitlich fast Sommerferien wird. Wenn wir nun eine Besucherparkkarte einführen, die es vielleicht braucht und dafür alle Aussenquartiere von der zeitlichen Beschränkung befreit sind, könnte ich dem etwas abgewinnen. Wenn in einem Vierteljahr wieder eine Reglementsänderung kommen sollte, höre ich „Das haben wir doch gerade schon gemacht, warum nun schon wieder?“ Davor habe ich Angst und ich denke, es ist so zu lösen wie vorgeschlagen, dass man die 3 Stunden aufhebt. Es geht ja nur um die 3 Stunden und um nichts anderes.

Abstimmung über die Überweisung an eine 9er-Spezialkommission

Auf Antrag der SVP-Fraktion, Fredi Wiesner, beschliesst der Rat mit grossem Mehr bei 6 Enthaltungen:

://: Das Geschäft wird an eine 9er-Spezialkommission überwiesen.

Fragestunde

Frage 1

„Fragen der BetreuerInnen-Gruppe vom TreffPUNKT“

(Christoph Zwahlen, Fraktion Unabhängige Pratteln)

GP Beat Stingelin: Einige Worte zur Einleitung, dass der Treffpunkt einen Brief an den Gemeinderat geschrieben und keine Antwort erhalten habe, stimmt so nicht. Eine Eingangsbestätigung wurde am 8. Dezember 2014 dem Treffpunkt zugestellt. Das Schreiben des Treffpunktes bezog sich auf die Mitwirkung Salina Raurica. Diese Mitwirkung Salina Raurica lag noch nicht auf und so hat noch niemand eine Antwort erhalten. Der Treffpunkt hat nicht einfach einige Fragen gestellt, sondern sie haben sich in der Mitwirkung vernehmen lassen. Trotzdem beantworte ich die hier gestellten Fragen. Frage: *War nicht geplant, dass der Quartiertreffpunkt auf die Wiese gegenüber des Schulhausplatzes zu stehen kommt?* Dies war nie geplant. Wir haben verschiedene Standorte gesucht und die Suche erstreckte sich von der ehemaligen Kantonalbank über Wohnungen usw. bis zum Beschluss, hinter dem Grüngürtel einen Container zu errichten und den Quartiertreff dort einzurichten. Was vorne geplant ist, der sog. Dorfplatz, hat nichts mit dem Quartiertreff zu tun, es handelt sich um einen öffentlichen Raum mit Bänken usw. Frage: *Für welche Zeitspanne soll diese Container-Anlage bestehen bleiben?* Sie bleibt, bis die Quartierpläne von Salina Raurica umgesetzt sind. Wenn wir dann mit den Quartierplänen so weit sind - hier redet man noch von weit her - sollte man daran denken, so etwas zu machen. Der Gemeinderat macht ja nicht mit Bund und Kanton Quartierentwicklung und denkt nachher nicht mehr dran. Das Umdenken hat auf der Verwaltung stattgefunden und ist so weit klar. Frage: *Bleibt der gewählte Standort in der künftigen Planung von Salina Raurica erhalten?* Nein, er bleibt nicht erhalten und darum besteht der Treffpunkt aus einer Containeranlage. Genau dort, wo die Containeranlage steht, befindet sich die Peripherie des neuen Längiparkes, der etwas breiter ist und sich Richtung Westen ausdehnt. Frage: *Was kommt nun auf die oben genannte Wiese, die doch eigentlich das Zentrum des Quartiers ist?* Es gibt einen Platz mit Bänken. Man hat mit Personen des Treffs über die Möblierung diskutiert, ob man Wasser will usw. Irgendwann im Sommer oder Herbst wird der Einwohnerrat eine Vorlage hierzu erhalten. Die Landverhandlungen sind im Gang. Ein Dorfplatz ist mit Lärm verbunden und daher müssen alle zusagen. Die Antworten, Christoph Zwahlen, erhalten sie im Rahmen der Mitwirkung. Frage: *Ist es zwingend, dass der Robinson-Spielplatz verschoben werden muss?* Ja, dies ist zwin-

gend, weil dort die Strasse vorgesehen ist. Frage: *Wie weit ist die Planung einer allfälligen Verschiebung des Robinson-Spielplatzes gediehen?* Wir sind erst am Evaluieren, wohin der Robinson-Spielplatz verlegt werden könnte. Einen Standort können wir noch nicht nennen. Frage: *Wird den Bedürfnissen der Bewohnerinnen der Längi Rechnung getragen?* Der Robinson-Spielplatz ist eine Institution für die ganze Gemeinde. Selbstverständlich wird geschaut, dass alle - es könnten ja auch zwei sein - in einer angenehmen Weite zum Spielplatz wohnen. Dies kann durchaus heissen, dass es vielleicht für die Längi etwas weiter ist und für andere etwas näher. Der Robinson-Spielplatz war ursprünglich ein Kind des Quartiervereines Längi, wurde an die Gemeinde abgegeben und ist für alle offen. Das Schreiben bezieht sich eindeutig auf das Mitwirkungsverfahren Planung Salina Raurica und eine Eingangsbestätigung haben sie erhalten.

Christoph Zwahlen: Ich habe nicht alle Personen einzeln angesprochen, ob sie eine Bestätigung erhalten haben. Ich wurde angefragt, ob ich etwas machen könnte und habe auch an der GV des Quartiervereines nachgefragt. Ich weiss nicht, wer die Bestätigung erhalten hat und weiss auch nicht, ob alle verstanden haben, dass auf ein Mitwirkungsverfahren die Antwort erst später kommt. Ich danke für die Antwort und bin zufrieden.

Die Frage ist beantwortet.

Frage 2

„Prattler Kalender – weniger wäre mehr...“ (Christian Schäublin, SVP-Fraktion)

GP Beat Stingelin: Der Prattler Kalender ist weit verbreitet und sei Jahren genehm. Es gibt solche, die lieber das Büchlein hätten, das aber überhaupt nichts mit der Gemeinde zu tun hat. Es gibt trotzdem immer wieder Anfragen auf der Gemeinde, dieses oder jenes stimme nicht usw. Die Antwort ist immer, dass es einem leid tue und dass es privat gemacht wird. Was ist der Prattler Kalender? Seit Jahren bietet der Prattler Kalender den Vereinen eine Plattform, ihre Anlässe der Öffentlichkeit mitzuteilen. Der Kalender stammt aus einer Zeit, als man das Internet noch nicht so stark benutzte wie heute. Mit der Lancierung der neuen Website können Vereine ihre Anlässe noch prominenter platzieren. Frage: *Woher stammen die Angaben?* Die Gemeinde verschickt jedes Jahr Ende August einen Brief an alle 150 Vereine und Institutionen, mit der Bitte die Daten ihrer Anlässe bis zu einem bestimmten Termin (Ende September) bekannt zu geben. Einige Vereine machen davon seit Jahren Gebrauch. Andere sind neu dazugekommen. Wieder andere verzichten auf die Platzierung ihrer Anlässe gänzlich. Seit Jahren nimmt die Datenmenge jedoch zu. Frage: *Wer erstellt den Prattler Kalender und entscheidet über die Aufnahme eines Anlasses?* Die Gemeinde erhält die Daten in elektronischer oder schriftlicher Form. Zum Teil werden diese Daten nachträglich schriftlich oder mündlich geändert. Es kommt auch vor, dass die Daten mangelhaft oder sogar falsch sind. Dies passiert vor allem dann, wenn die Veranstaltungen jedes Jahr zum gleichen Zeitraum stattfinden, sich jedoch der Tag verschiebt. Im Falle der Schützengesellschaft Pratteln wurden falsche und missverständliche Daten geliefert. Zudem sind die Beschreibungen der Anlässe für „Nicht-Schiesspflichtige“ irreführend. In einigen dieser Fälle fragen wir auch mehrmals nach. So ist es schon fast Usus, bei den Kirchen nachzufragen. Man kann sich jedoch fragen, wie viel Aufwand vertretbar ist, um herauszufinden, was richtig und was falsch ist. Diese Arbeit ist nicht für die Katz', sondern eine Dienstleistung der Gemeinde für die Allgemeinheit. Frage: *Wie kommen die Veranstaltungen in den Kalender?* Die Anlässe werden jedes Jahr neu zusammengestellt und in eine Liste eingetragen. Aufgrund des beschränkten Platzes sind Abkürzungen unumgänglich. Die Daten werden daraufhin von der Werbeagentur in das Layout-Programm des Prattler Kalenders eingefügt. Die nachträglich mitgeteilten Änderungen der Daten, belegbare falsche Daten, die (notwendige) Eingabe der Daten in verschiedene Dokumente sowie

die Lieferung der Daten an nicht involvierte Drittpersonen erhöhen die Fehlerquelle. Wir haben diese Fehlerquellen erkannt und haben über die letzten Jahre die Arbeitsschritte optimiert. Aufgrund der Tatsache, dass der Prattler Kalender jedes Jahr neu zusammengestellt werden muss und nicht auf eine Vorlage zurückgegriffen werden kann, ist eine fehlerfreie Bearbeitung schwierig. Es ist jedoch an den Vereinen/Institutionen, die Daten korrekt und unmissverständlich zu liefern. Frage: *Wie erfolgt die Qualitätskontrolle?* Das finalisierte Layout wird von der Gemeinde gegengelesen und allfällige Umbruch- und Orthografiefehler werden korrigiert. In Stichproben wird der für den Druck vorliegende Prattler Kalender mit den Originaldokumenten, welche von den Vereinen ursprünglich geliefert worden sind, verglichen. Die Kontrolle erfolgt jedoch nicht über die ganze Datenmenge hinweg. Frage: *Entschlackung des Prattler Kalenders?* Ob der Prattler Kalender für eine breite Öffentlichkeit informativ und mit für sie relevanten Daten bestückt ist, ist eine berechnete, jedoch auch eine strategische Frage. Soll der Prattler Kalender künftig schlanker und weniger umfangreich sein, so bedingt es entweder eine Vor-Selektion der Vereine und ihrer Daten oder den kompletten Verzicht von allen Vereinsanlässen. In einem solchen Fall würde die Gemeinde ausschliesslich (nur noch) offizielle Termine kommunizieren (z. B. Ferien und Abfallsammeltage). Dann hätte es auch genügend Platz, um selber Eintragungen vornehmen zu können. Bei neu Zugezogenen ist der Kalender sehr beliebt auch mit den Vereinseinträgen, weil sie dort das erste Mal etwas nachsehen können. Es ist ein zeitaufwendiges Vorhaben, jedes Jahr den Kalender zu erstellen. Man kann sich berechtigterweise fragen, ob ein solcher Aufwand betrieben werden soll, wenn es gleichzeitig eine Online-Plattform gibt, auf der die Vereine ihre Anlässe selber eintragen bzw. wieder löschen können. Jeder Verein ist auf der Website für die korrekte Eingabe seine Daten selber verantwortlich. Fazit: Der Kalender ist in erster Linie eine Dienstleistung an die Prattler Vereine/Institutionen und mit einem grossen Aufwand für vermeintlich unwichtige Daten verbunden. Im Zeitalter der elektronischen Datenerfassung und Datenlieferung könnte man sicherlich darauf verzichten.

Christian Schäublin: Ist der Gemeinderat gewillt, am nächsten Prattler Kalender etwas zu ändern oder zu verbessern? Im Kalender fehlen die Einwohnerratssitzungen; ist dies eine politische Aussage, wie der Gemeinderat zum Einwohnerrat steht? (Gelächter)

GP Beat Stingelin: Grundsätzlich sind wir der Meinung, die Veranstaltungen der Vereine nicht mehr in den Kalender aufzunehmen. Es stellt sich aber auch Fragen: Die Fasnacht, die Vereine durchführen, muss in den Kalender. Muss auch ein Grümpelturnier in den Kalender? Wer entscheidet? Wir wissen es noch nicht, möchten den Kalender aber entschlacken. Jedes Junioren- oder Federballturnier kommt sicher nicht mehr in den Kalender; diese Inhalte können in den Veranstaltungskalender aufgenommen werden, der für Alle offen ist.

Die Frage ist beantwortet.

Die Sitzung wird um 21.45 Uhr beendet.

Für die Richtigkeit

EINWOHNERRAT PRATTELN

Der Präsident

Das Einwohnerratssekretariat

Benedikt Schmidt

Joachim Maass

Pratteln, 8. April 2015